

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 4. Juni 1997

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Babel, Gisela (F.D.P.)	32	Kunick, Konrad (SPD)	42
Catenhusen, Wolf-Michael (SPD)	44, 45	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	9, 10
Conradi, Peter (SPD)	2	Dr. Niese, Rolf (SPD)	29
Dietert-Scheuer, Amke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Dr. Rössel, Uwe-Jens (PDS)	20, 21
Diller, Karl (SPD)	23, 24	Rübenkönig, Gerhard (SPD)	27, 28
Erler, Gernot (SPD)	1, 8	Schmitt, Heinz (Berg) (SPD)	38, 39
Göllner, Uwe (SPD)	30, 31	Schütz, Dietmar (Oldenburg) (SPD)	13, 14
Graf, Günter (Friesoythe) (SPD)	18, 19	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17
Hampel, Manfred (SPD)	25, 26	Thönnies, Franz (SPD)	33, 34
Höfken, Ulrike (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37	Wallow, Hans (SPD)	3, 4
Dr. Höll, Barbara (PDS)	22	Dr. Wegner, Konstanze (SPD)	35, 36
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	40, 41	Dr. Wodarg, Wolfgang (SPD)	5, 43
Kubatschka, Horst (SPD)	6, 7	Zierer, Benno (CDU/CSU)	11, 12

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	11

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

1. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD) Welche EU-Vereinbarungen zur Konditionierung der EU-Wirtschaftshilfe an Bulgarien bestehen derzeit, und gehört es zu diesen Konditionierungen, daß die bulgarische Regierung bestimmte Wirtschaftsgruppierungen wie „Multigrup“ aus dem Wirtschaftsleben des Landes ausschließt?
2. Abgeordneter
Peter Conradi
(SPD) Welche Aufträge hat die Bundesregierung dem Architektenbüro L. im Zeitraum zwischen 1980 und 1995 erteilt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

3. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD) Wie begründet das Bundesministerium des Innern seine Auffassung, daß das Katholische Militärbischofsamt auch nach der Verlegung von Teilen der Bundesregierung nach Berlin als nachgeordnete staatliche Bundesbehörde am ersten Dienstsitz des Bundesministeriums der Verteidigung in Bonn verbleiben soll, und warum wurde das für Staatskirchenrechts- und Staatsorganisationsrechtsfragen zuständige Bundesministerium des Innern erst zu einem Zeitpunkt an der in dieser Frage anhängigen Petition (Petition 5-13-14-5821-027005) beteiligt, als organisatorische Vorentscheidungen und eine Äußerung des Bundesministeriums der Verteidigung gegenüber dem Petitionsausschuß bereits erfolgt waren?
4. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD) Wie rechtfertigt das Bundesministerium der Verteidigung sein Verhalten, in der genannten Petitionsangelegenheit mit dem Bundesministerium der Finanzen Finanzierungsdetails hinsichtlich der Einrichtung eines neuen Dienstsitzes für das Katholische Militärbischofsamt in Berlin voranzutreiben, obwohl die Bundesregierung den Erwägungsbeschluß des Deutschen Bundestages vom 20. Februar 1997, in der erwähnten Petition Abhilfe zu schaffen, umzusetzen hat, und stimmt die Bundesregierung der Einschätzung zu, daß es nicht möglich ist, einen sachlichen Unterschied zwischen der Sitzbestimmung für das Evangelische Militärbischofsamt und für das Katholische Militärbischofsamt vorzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

5. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Wodarg
(SPD)
- Anhand welcher Kriterien könnte nach Auffassung der Bundesregierung ein Verfahren zur Zulassung von gewerblich verfügbaren Gen-dagnostika entwickelt werden, und welche Bundesbehörde würde damit betraut werden? *)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

6. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Studie einer australischen Forschungsgruppe ziehen, bei der festgestellt wurde, daß genmanipulierte Mäuse durch gepulste Hochfrequenzstrahlung, wie sie digitale Handys aussenden, doppelt so häufig an Lymphomen erkranken wie die Kontrolltiere?
7. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die erhöhte Rate von Krebserkrankungen des lymphatischen Gewebes auch unter Einfluß von niederfrequenten Feldern, und hält sie hier schärfere Grenzwerte für angebracht?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

8. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Staatsminister Bernd Schmidbauer bei seinem jüngsten Besuch in Varna Druck auf die bulgarische Regierung ausgeübt hat, die Wirtschaftsgruppierung „Multigrup“ aus dem Wirtschaftsleben des Landes zu eliminieren, wie die Nachrichtenagentur Balkan und bulgarische Medien berichtet haben, und welche Äußerungen hat Staatsminister Bernd Schmidbauer in diesem Zusammenhang in Varna tatsächlich gemacht?

*) s. auch Frage 43

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

9. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)

Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, daß sich die Bundesrepublik Deutschland – anders als viele verbündete Staaten – ungeachtet der internationalen Ausrichtung des Grundgesetzes und den offensichtlichen Vorteilen einer umfassenden internationalen Gerichtsbarkeit – bisher nicht durch Annahme der sog. „Fakultativklausel“ gemäß Artikel 36 Nr. 2 des Status des Internationalen Gerichtshofs dessen obligatorischer Gerichtsbarkeit unterworfen hat?

10. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)

Was hält die Bundesregierung – vor dem Hintergrund der verhärteten Positionen in Sachen Beutekunst – davon ab, die Streitigkeit dem Internationalen Gerichtshof oder einem internationalen Schiedsgericht zur für beide Seiten verbindlichen Entscheidung vorzulegen bzw. sich gegenüber der russischen Seite für eine derartige Lösung einzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

11. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung sieht die Bundesregierung, um Verschleppung von Kindern im Rahmen des Mädchenhandels und des Kindesmißbrauchs zu verhindern bzw. zu erschweren?

12. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU)

Gibt es eine zentrale Ermittlungs- und Fahndungsbehörde des Bundes zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität unter Einschluß der erforderlichen Mittel wie Datenbanken, zentrale Fahndung, verdeckte Ermittlung etc., und wenn nicht, was hält die Bundesregierung von der Schaffung einer solchen Behörde in Übereinkunft mit den Ländern, um Reibungsverluste und Kompetenzstreitigkeiten zu vermeiden und die nötige Spezialisierung und Effizienz zu gewährleisten?

13. Abgeordneter
Dietmar Schütz
(Oldenburg)
(SPD)
- Welche mittel- und langfristigen Konsequenzen ergeben sich für die Finanz-, Sach- und Personalausstattung des in Oldenburg ansässigen Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte aus dem im Haushalt 1997 formulierten Tatbestand, daß dieses Bundesinstitut „in die Prüfung zur Verringerung und Straffung von Bundesbehörden einbezogen wird“?
14. Abgeordneter
Dietmar Schütz
(Oldenburg)
(SPD)
- Inwieweit wird das Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte auch in die Überlegungen zur Neuordnung der ostwissenschaftlichen Forschung einbezogen?
15. Abgeordnete
Amke Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Stand der Verhandlungen zwischen der deutschen und der libanesischen Regierung über die Unterzeichnung eines Rückführungsabkommens, und welche Flüchtlinge werden von diesem Abkommen betroffen sein?
16. Abgeordnete
Amke Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Landeseinwohneramt Berlin für palästinensische Flüchtlinge aus dem Libanon mit Bezug auf den erwarteten Abschluß eines Rückführungsabkommens im Juni 1997 Duldungen auf drei Monate begrenzt, und ist diese Praxis üblich?
17. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie haben das Bundesamt für Verfassungsschutz innerhalb der durch die Innenministerkonferenz (IMK) eingesetzten Ad-hoc-Arbeitsgruppe sowie der zuständige Staatssekretär im Bundesministerium des Innern am 28. Juni 1996 auf der Staatssekretärs-Vorkonferenz zur nächsten IMK-Sitzung jeweils zu der Frage votiert, ob die Ämter für Verfassungsschutz die Scientology-Kirche bundesweit mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten sollen, und welche Gründe waren – angesichts der dagegen durch die Bundesregierung bislang geäußerten Bedenken – für eine etwaige Änderung der nun durch ihre Vertreter eingenommenen Haltung maßgeblich?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

18. Abgeordneter
**Günter
Graf
(Friesoythe)
(SPD)**
- Ist es zutreffend, daß ab sofort eine Besteuerung von selbstfahrenden Arbeitsmaschinen wie Bagger, Kräne, Lader u. ä. erfolgt?
19. Abgeordneter
**Günter
Graf
(Friesoythe)
(SPD)**
- Wenn ja, ab wann treten die gesetzlichen Neuregelungen in Kraft, und wie sehen diese konkret aus?
20. Abgeordneter
**Dr. Uwe-Jens
Rössel
(PDS)**
- Aus welchem Grund hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen (BAKred) am 12. Mai 1997 nach sechsjähriger Duldung durch das BAKred und nachdem die Beteiligungsfonds zum 31. Dezember 1996 planmäßig geschlossen wurden, eine spezielle Form stiller Beteiligungen rückwirkend bemängelt und trotz angeblich gegenteiliger Gutachten gegenüber einer Firma verfügt, daß ca. 30 000 seit 1990 geschlossene Verträge mit einem Volumen von ca. 190 Mio. DM innerhalb von vier Wochen rückabzuwickeln sind?
21. Abgeordneter
**Dr. Uwe-Jens
Rössel
(PDS)**
- Aus welchem Grund hat das BAKred im März 1997 von einer Firma verlangt, ihren Antrag auf Zulassung an der Europäischen Technologiebörse EASDAQ zurückzuziehen, obwohl diese Firma bereits 1990 als erklärtes Ziel die Börseneinführung bis ca. 1996/97 vorgab und zu ihrer letzten Hauptversammlung am 14. Oktober 1996 entsprechende Beschlüsse zur Vorbereitung getroffen worden sein sollen?
22. Abgeordnete
**Dr. Barbara
Höll
(PDS)**
- Sind der Bundesregierung Pressemeldungen (Bild, „Mannheimer Morgen“ vom 27. Mai 1997) bekannt, daß der Erlös von fast 19 Mrd. DM aus dem Verkauf eines deutschen Großunternehmens mit 9300 Arbeitsplätzen (Boehringer Mannheim) aufgrund der Rechtskonstruktion der Firma und des Wohnsitzes der Anteilseigner den bisherigen Eigentümern ohne Zugriffsmöglichkeit für den deutschen Fiskus zugute kommen wird, und sieht sie hier Handlungsbedarf?

23. Abgeordneter
**Karl
Diller**
(SPD)
- Wann beabsichtigt der Bundesminister der Finanzen gemäß der vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zu Artikel 112 des Grundgesetzes (GG) vom 25. Mai 1977 herausgestellten besonderen Konsultationspflicht an den Gesetzgeber heranzutreten, um zu klären, ob rechtzeitig ein Nachtragshaushalt für die erwarteten Mehrausgaben beim Bundeszuschuß für die Bundesanstalt für Arbeit sowie bei der Arbeitslosenhilfe verabschiedet werden kann, und warum ist dies bislang noch nicht geschehen?
24. Abgeordneter
**Karl
Diller**
(SPD)
- Wann und mit welchen Beträgen hat der Bundesminister der Finanzen gemäß der Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil zu Artikel 112 GG vom 25. Mai 1977 die Bundesregierung hinsichtlich der erwarteten Mehrausgaben für die Arbeitsmarktpolitik bereits „über die beabsichtigten Ausgabebewilligungen nach Artikel 112, die erhebliches Gewicht haben, informiert und konsultiert“?
25. Abgeordneter
**Manfred
Hampel**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es sich bei den Ausgaben für den Arbeitsmarkt um Rechtsverpflichtungen handelt, für die die in § 37 BHO sowie die in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Artikel 112 GG vom 25. Mai 1977 für überplanmäßige Ausgaben festgelegten Kriterien nicht gelten, und wie begründet sie ggf., daß ihre Auffassung in Einklang mit Artikel 112 GG in Verbindung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts steht?
26. Abgeordneter
**Manfred
Hampel**
(SPD)
- Wann wird sich der Bundesminister der Finanzen entscheiden, ob er den Entwurf eines Nachtragshaushalts 1997 vorlegt, den der Landesgruppenvorsitzende der CSU, Michael Glos, bereits am 16. Mai 1997 angekündigt und den der Abgeordnete Dr. Otto Graf Lambsdorff in der Bild am Sonntag vom 18./19. Mai 1997 als erforderlich bezeichnet hat?
27. Abgeordneter
**Gerhard
Rübenkönig**
(SPD)
- Wie viele Telekom-Aktien beabsichtigt die Bundesregierung 1997 sowie 1998 zu verkaufen, und auf welchem Wege?
28. Abgeordneter
**Gerhard
Rübenkönig**
(SPD)
- Wie hoch wird die Neuverschuldung des Bundes in diesem Jahr gemäß der aktuellen Einschätzung der Bundesregierung sein, und welche Linie hat der Bundesminister der Finanzen der Kreditabteilung seines Hauses für das Volumen der in diesem Jahr aufzunehmenden Nettokreditaufnahme vorgegeben?

29. Abgeordneter
**Dr. Rolf
Niese**
(SPD)

Was hat die Bundesregierung bewogen, eine baldige Höherbewertung unserer Goldreserven bei der Deutschen Bundesbank zu planen, obwohl der Präsident der Deutschen Bundesbank, Prof. Dr. Hans Tietmeyer, noch in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 19. März 1997 nachdrücklich davor gewarnt hat, denn es gelte, „dieses Thema in dieser sensiblen Zeit vor der Währungsunion nicht in die öffentliche Diskussion zu ziehen, um Turbulenzen an den Märkten zu verhindern“ und die Glaubwürdigkeit nicht zu beschädigen?

30. Abgeordneter
**Uwe
Göllner**
(SPD)

Kann die Bundesregierung sicherstellen, daß die beschlossene Änderung der Kfz-Besteuerung für sog. Oldtimer tatsächlich zum 1. Juli in Kraft treten wird, und in welcher Form hat die Bundesregierung bejahendenfalls die Finanzämter in die Lage versetzt, die Neuerungen auch umzusetzen?

31. Abgeordneter
**Uwe
Göllner**
(SPD)

Hat die Bundesregierung zwecks Information der Betroffenen an die einschlägigen Fachverbände und Automobilclubs die genauen Bestimmungen übermittelt, und wie wird die Bundesregierung, falls das nicht der Fall ist, eine Information der Betroffenen gewährleisten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

32. Abgeordnete
**Dr. Gisela
Babel**
(F.D.P.)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der restriktive Erlass der Bundesanstalt für Arbeit vom 3. Januar 1997 zur Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit die Reformziele des Gesetzgebers, auch den Schritt in die Selbständigkeit stärker zu unterstützen als bisher, deutlich verfehlt, und ist sie bereit, eine Überarbeitung des Erlasses zu veranlassen, die diesem Reformziel gerecht wird?

33. Abgeordneter
Franz Thönnies
(SPD)
- Kann die Bundesregierung verbindlich erklären, daß dem Arbeitsamt Bad Oldesloe die erforderlichen Mittel für die Finanzierung von Lehrgängen zur „Verbesserung der beruflichen Bildungs- und Eingliederungschancen“ so rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden, daß die Abgängerinnen und Abgänger von Förderschulen sowie Schülerinnen und Schüler in den Kreisen Stormarn und Herzogtum Lauenburg spätestens zum 1. September 1997 diese Lehrgänge besuchen können?
34. Abgeordneter
Franz Thönnies
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß die für ca. 490 Jugendliche im Arbeitsamtsbezirk Neumünster bis zum Ende des Jahres zusätzlich notwendigen Finanzmittel zur Durchführung von erforderlichen Maßnahmen der „Berufsausbildung in überbetrieblichen Einrichtungen“ (BüE) und Lehrgängen zur „Verbesserung der beruflichen Bildungs- und Eingliederungschancen“ in Höhe von 3,4 Mio. DM seitens der Bundesanstalt für Arbeit so zur Verfügung gestellt werden, daß diese Maßnahmen in vollem Umfang rechtzeitig eingerichtet werden können?
35. Abgeordnete
Dr. Konstanze Wegner
(SPD)
- Welche Annahmen zur Entwicklung der Erwerbstätigenzahl, der Arbeitslosenzahl, der Beitragseinnahmen aus der Arbeitslosenversicherung und zum Wirtschaftswachstum lagen den Ansätzen im Bundeshaushalt 1997 für den Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit sowie für die Arbeitslosenhilfe zugrunde, und wie sind die Einschätzungen der Bundesregierung für diese Kennziffern im Jahr 1997 aus heutiger Sicht?
36. Abgeordnete
Dr. Konstanze Wegner
(SPD)
- Wie hoch ist der Mehrbedarf für den Bundeszuschuß für die Bundesanstalt für Arbeit sowie für die Arbeitslosenhilfe aus heutiger Sicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

37. Abgeordnete
Ulrike Höfken
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen haben Kerosinverrieselungen bei Flugzeug-Notlandungen auf den Straßenbelag, und wie weit ist dadurch eine Gefährdung des Straßenverkehrs möglich?

38. Abgeordneter
**Heinz
Schmitt
(Berg)
(SPD)**
- Entsprechen die französischen provisorischen Kfz-Kennzeichen mit der Buchstabenkombination „WW“ bzw. „W“ den Regelungen, die im Wiener Übereinkommen von 1968 über den Straßenverkehr und über Straßenverkehrskennzeichen getroffen wurden, und sind sie damit als ausreichende Zulassung auch von deutschen Behörden anzuerkennen?
39. Abgeordneter
**Heinz
Schmitt
(Berg)
(SPD)**
- Hat die Bundesregierung Maßnahmen eingeleitet, um eine Harmonisierung der Regelungen für die gegenseitige Anerkennung provisorischer Kennzeichen zwischen Deutschland und Frankreich zu erreichen, und gibt es darüber hinaus Initiativen auf europäischer Ebene hinsichtlich der Harmonisierung des Kfz-Zulassungswesens?
40. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner
(CDU/CSU)**
- Sind in den Jahren 1997 bis 2005 Erweiterungs-, Reparatur- und weitere Lärmschutzmaßnahmen auf dem Autobahnabschnitt A 6 zwischen der Theodor-Heuss-Brücke bei Mannheim-Sandhofen und dem Viernheimer Kreuz vorgesehen?
41. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner
(CDU/CSU)**
- Ist eine Fortsetzung des dreispurigen Ausbaus der Autobahn A 6 Saarbrücken – Mannheim zwischen der Raststätte Wattenheim und Viernheimer Kreuz geplant?
42. Abgeordneter
**Konrad
Kunick
(SPD)**
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Hamburger Schleppreeder versuchen, von der Seeberufsgenossenschaft die Genehmigung für den Probebetrieb eines nur mit zwei Mann besetzten Schleppers zu bekommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

43. Abgeordneter
**Dr. Wolfgang
Wodarg
(SPD)**
- Welche ethischen, sozialen und rechtlichen Forschungsprojekte wurden in diesem Rahmen (Zulassung von gewerblich verfügbaren Gendiagnostika) bislang durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie im einzelnen gefördert, und welche (Zwischen-) Ergebnisse liegen bereits vor? *)

*) s. hierzu Frage 5

44. Abgeordneter
**Wolf-Michael
Catenhusen**
(SPD)

An welchen vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie geförderten Projekten der Genomforschung sind Unternehmen der deutschen pharmazeutischen Industrie beteiligt, und wie bewertet die Bundesregierung das bisher gezeigte Engagement der Industrie auf diesem Gebiet angesichts der Tatsache, daß sie 1993 bis 1997 mehr als 1,3 Mrd. Dollar auf dem Gebiet der „Genomics“ in den USA investierte?

45. Abgeordneter
**Wolf-Michael
Catenhusen**
(SPD)

In welcher Weise war das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie am Zustandekommen des (lt. „Nature“, vol. 387, 8. Mai 1997) durch deutsche Pharmaunternehmen gegründeten „Vereins zur Förderung der Humangenomforschung“ mit einem Jahresumsatz von 1,2 Mio. DM beteiligt, und wie schätzt die Bundesregierung – im Hinblick auf mögliche Patentanmeldungen – den Anspruch des Vereins auf dreimonatige exklusive Vorabprüfung von Ergebnissen ausschließlich öffentlich finanzierter deutscher Genomforschung ein angesichts eines Konsenses zwischen den führenden öffentlichen Genomforschungszentren der Welt über einen freien, ungehinderten Zugang zu den Informationen der Genomforschung für jeden?

Bonn, den 30. Mai 1997